

Anmeldung

Die Anmeldung bitte in einem frankierten Briefumschlag oder per fax 0211. 6 18 24 328 abschicken an:

ver.di Landesfachbereich Gemeinden NRW
Brigitte Minz
Karlstraße 123 - 127
40210 Düsseldorf

Weitere Informationen erteilt Brigitte Minz auch gerne telefonisch: 0211. 6 18 24 322 oder per eMail: brigitte.minz@verdi.de

bitte eintragen:

Anrede, Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort

Telefon | eMail

Landesfachbereich
Gemeinden NRW

ver.di

Ich melde mich für die Kommunalpolitische

Konferenz am 28. April 2010 in Dortmund

mit Person(en) an.

Informieren, diskutieren

Referentinnen und Referenten der Konferenz:

Gabriele Schmidt | ver.di Landesbezirksleitung NRW

»Warum ist öffentlich für die Bürgerinnen und Bürger in NRW wesentlich?«

Prof. Dr. Gustav A. Horn | Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung

»Wege aus der Krise – Ohne Verbesserung der Einnahmeseite des Staates geht das nicht!«

Vergleich der Steuer- und Finanzpolitik der westeuropäischen Staaten / der OECD-Länder

Prof. Dr. rer. Pol. Heinz-J. Bontrop

Fachhochschule Gelsenkirchen, Fachbereich Wirtschaftsrecht

»Wege aus der kommunalen Schuldenfalle«

Einschätzung der Konzepte von ver.di NRW und der Memorandumstädte NRW

Michael Wiese | ver.di Landesfachbereichsleiter Gemeinden NRW

»Die Eigenanstrengungen der Kommunen beim Schuldenabbau«

Anmerkungen aus gewerkschaftlicher Sicht

Abschließend laden wir zu einem kleinen Imbiss ein.

Rettet unsere Städte und Gemeinden

Kommunalpolitische Konferenz

am Mittwoch, 28. April 2010

von 14 bis 18 Uhr

in der Bürgerhalle, Friedensplatz 1,
44137 Dortmund

Rettet unsere
Städte und
Gemeinden

V.i.S.d.P.: Michael Wiese, Landesfachbereichsleiter Gemeinden NRW, Karlstraße 123 - 127, 40210 Düsseldorf

Einladung zur Kommunalpolitischen
Konferenz am 28. April in Dortmund

ver.di

Landesfachbereich
Gemeinden NRW

Weiter so war gestern...

umdenken. handeln. jetzt.

Kommunen in Not

Die finanzielle Lage in vielen Städten und Gemeinden an Rhein, Ruhr und Lippe verschärft sich dramatisch. Der Städtetag NRW findet nur noch vier Mitglieds-Kommunen, denen 2009 ein ausgeglichener Haushalt gelungen ist.

Wie kann es wieder besser werden? Der Bund der Steuerzahler sagt: Die Städte hätten immer noch reichlich Vermögen, etwa Stadtwerke, Bussflotten oder Messehallen. Wer alles privatisiere, könne alle Schulden tilgen. Doch Kommunen, die ihr Tafelsilber bereits verscherbelt haben, wissen: Wer privatisiert, gibt die demokratisch legitimierte Kontrolle über wichtige Einrichtungen ab, die alle Bürger angehen. **Gabriele Schmidt** von der ver.di Landesbezirksleitung NRW wird in ihrem Beitrag darstellen, warum von der öffentlichen Hand erbrachte Leistungen für die Bürger unverzichtbar ist.

Direkte Steuern erhöhen

Mehr Geld in Kämmers Kasse kann hingegen durch mehr Einnahmen kommen. Ver.di fordert: In Deutschland müssen die Steuern erhöht statt gesenkt werden, und zwar die direkten Steuern wie etwa die Unternehmenssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer oder Transaktionssteuer. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzierungssteuer weiterentwickelt werden.

Der Widerstand der Regierungsparteien in Bund und Land gegen solche Steuererhöhungen ist heftig. Der renommierte Wirtschaftsexperte **Gustav Horn** wird in seinem Beitrag darstellen, dass in anderen Industriestaaten direkte Steuern höher sind und mehr öffent-

liche Investitionen getätigt werden können. Ver.di NRW fordert, mit dem zusätzlichen Geld den öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektor auszubauen. Die Investitionsquote der Städte und Gemeinden lag in den vergangenen Jahren bei nur noch 1,5 Prozent, Experten halten 2 bis 2,5 Prozent für notwendig.

Die Schwachen stützen

ver.di NRW will nicht nur eine Reform der Gemeindefinanzien sondern auch eine Entschuldung. ver.di NRW fordert, dass die finanzschwachen Kommunen entlastet werden, indem der Solidarbeitrag Ost neu geregelt wird. Um die klammen Kommunen zu entlasten, ist ein Gemeindefinanzausgleich nötig, der die Schwachen stützt. Ver.di setzt sich da für ein, dass die Arbeits- und Ausbildungsplätze im kommunalen öffentlichen Dienst gesichert werden.

Memorandum-Städte NRW: »Raus aus den Schulden«

19 Städte in NRW fordern gemeinsam: »Raus aus den Schulden«. Die sogenannten Memorandum-Städte, unter ihnen Dortmund, Bochum und Essen, sind chronisch unterfinanziert und wollen ein »kommunales Haushaltssicherungsfünfeck«: Dies beinhaltet

- 1 Klare Regelungen zur Schuldenbegrenzung.
- 2 Nachhaltige Einnahmeverbesserung.
- 3 Unabhängige Haushaltsaufsicht: Die Kommunalaufsicht soll zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung neu geregelt werden. Wer, wie der Bund, eine Leistung wolle, müsse diese auch zahlen. Dies

sei, wie etwa bei der Ausweitung der Unter-Drei-jährigen-Betreuung, nicht geschehen.

- 4 Eigenkapitalsicherung: Nicht nur Banken brauchen einen Risikoschirm, auch Kommunen. In der Krise sollen die Kommunen, unter strengen Auflagen, andas Notgeld heran können.
- 5 Generationenbeitrag: Bürger und Wirtschaft sollen durch einen finanziellen Beitrag an der Haushaltskonsolidierung beteiligt werden. Er soll aber keine zusätzliche Belastung sein, sondern die Heraufsetzung der Grund- und Gewerbesteuersätze ablösen.

Der Wirtschaftswissenschaftler **Heinz Bontrup** wird in seinem Beitrag auf die Stärken und Schwächen dieses Fünfecks eingehen.

Den Dialog vertiefen

Die kommunalpolitische Konferenz lädt zum Dialog ein. Die Informationen der Konferenz sollen genutzt werden, um Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Neben den Referaten soll es entsprechend genügend Zeit für Diskussionen im Plenum geben.

Ziel ist es, die Konferenz für konkrete Verabredungen zu nutzen, beispielsweise wie ein kommunaler Entschuldungsfonds mehrheitsfähig gemacht werden kann. **Michael Wiese**, ver.di Landesfachbereichsleiter Gemeinden, wird dazu Vorschläge unterbreiten. Die Konferenz soll den Auftakt bilden für eine stärkere Vernetzung, um Städten und Gemeinden in NRW wieder eine bessere Perspektive zu geben.



Anmeldekarte

zur Kommunalpolitischen
Konferenz am 28. April 2010
in Dortmund

Einfach ausschneiden,
anmelden und dabei sein!



Die Finanzierungs-Schere der Städte und Gemeinden geht bundesweit immer weiter auseinander. Kommunen in NRW sind besonders klamm. ver.di NRW fordert, die betroffenen Kommunen zu entschulden. Ihre Wirtschaft muss wieder gestärkt werden. Dies ist zum Wohle aller – der Bürger und der Beschäftigten.